

SUBVENTIONEN

Bei den Diskussionen in Regierung und Opposition, wie die von ihnen verschuldeten Haushaltslöcher zu stopfen seien, fällt auf, dass niemand so recht an die Beschneidung von Subventionen gehen will. Eher schon werden diejenigen belastet, die sowieso am ärmsten dran sind und auf die beide „großen“ Parteien als Stimmvieh noch am ehesten verzichten zu können glauben. Warum aber ist die Subventionierung so sakrosankt?

Wer alles erfolgreich die Hand nach Subventionen ausgesteckt hat, ist mittlerweile völlig undurchsichtig geworden, wobei die zahlreichen Steuerbefreiungen/Steuerermäßigungen noch der „offenste“ Posten sind. Nach Meinung von Fachinstituten beläuft sich die Summe auf **ungefähr 150 Milliarden Euro pro Jahr**. Die dadurch entstandene Wettbewerbsverzerrung kann in ihren Folgen garnicht abgeschätzt werden.

Natürlich gibt es Subventionen, die sinnvoll und notwendig sind, wie diejenigen für Ostdeutschland, weil dort sonst keine Chance bestünde, den wirtschaftlichen Rückstand abzubauen. Solchen Ausgaben stehen jedoch andere gegenüber, die schlechterdings unverständlich sind, wie die Subventionierung des Anbaus landwirtschaftlicher Produkte, mit dem Endzweck, diese – wieder subventioniert – zu vernichten. Insgesamt überwiegen in der Praxis die sogenannten Erhaltungssubventionen, die nicht nur den Wettbewerb verfälschen, sondern auch einen langfristig sinnvollen Strukturwandel behindern. Dreiviertel aller Subventionen entfallen laut IfW-Analysen auf die Sektoren Landwirtschaft, Bergbau, Verkehr und Wohnungsvermietung: „Der Anteil dieser Sektoren an der Wertschöpfung des Unternehmenssektors ist vergleichsweise gering“.

Welche ökonomisch unsinnige Formen die Subventionspraxis annehmen kann, das zeigt der Steinkohlenbergbau in Deutschland. Das Überleben der Branche lässt sich der Bund annähernd 3 Milliarden Euro im Jahr kosten. Wenn man die jährliche Summe in Beziehung zum Personalbestand der Branche setzt, entfallen auf einen Beschäftigten im Steinkoh-

lenbergbau über 70.000 Euro. Es wäre billiger, die Kohle im Ausland einzukaufen und die letzten Kumpel fürs Nichtstun fürstlich zu entlohnen.

Die Landesregierung sperrte sich bisher erfolgreich gegen den Versuch, mit diesen alten Privilegien aufzuräumen. Die Furcht vor Unruhen war zu groß. Außerdem hat keine Berufsgruppe in der Bundesrepublik eine vergleichbar effiziente Lobby.

Die Beispiele von Subventionen, die noch immer dank einer starken Lobby gezahlt werden, sind inzwischen Legion. Die Steuerfreiheit der Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit lässt sich der Staat fast 2 Milliarden Euro kosten; die Gewerkschaften wussten jede Kürzung bisher zu verhindern. Ausnahmen von der Ökosteuer bringen den Bundesfinanzminister um 4,6 Milliarden Euro; die begünstigte Industrie sorgte stets dafür, dass sich daran nichts ändert. An die Entfernungspauschale, die zu Mindereinnahmen von 4,5 Milliarden Euro führt und von den Kritikern als Zersiedelungsprämie bezeichnet wird, traut sich auch kein Politiker, gleichgültig welchen Lagers, heran, weil er damit neben dem Volkszorn auch die Proteste der Automobilindustrie provozieren würde.

Es ist klar, dass diese Bevorzugung einer bestimmten Klientel auf dem Hintergrund, die eigene Macht und die erschlossenen Pfründen der Regierungs-Vertreter zu erhalten, die Steuerlast der übrigen Bürger verstärken muß. Da die Subventionen aber dadurch gekennzeichnet sind, wenn irgend möglich „verdeckt“ zu fließen, meint man, den Wähler auf Dauer täuschen zu können. Deshalb muß die **Offenlegung aller Subventionen** gefordert werden.

Die angeführten etwa 150 Milliarden Euro an Subventionen entsprechen gut 1/3 des deutschen Steueraufkommens. „Würden die Subventionen beispielsweise innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren ganz gestrichen, so könnten die Einkommensteuersätze letztlich um fast 2/3 verringert werden“ (IfW).

Die Regierungen haben sich mit ihrer jahrelangen Nach- und Nachgabe allmählich in eine Situation gebracht, in der sie bei einer rigorosen Beschneidung der Subventionen nahezu alle Bürger auf den Kriegspfad bringen würden. Zu dem erforderlichen Eingeständnis fehlt ihnen natürlich der Mut.

Welcher Weg wäre gangbar? **Jedes Ministerium erhält als Vorgabe eine prozentuale Kürzung der Subventionen**, wobei es selbst die Schwerpunkte bei den einzelnen Haushaltsposten definieren kann.

Die Industrie andererseits sollte sich ein Beispiel an Porsche-Chef Wendelin Wiedeking nehmen: „Eine so reiche Industrie, wie die Automobilindustrie hat keine Subventionen nötig“. Er blieb sogar standhaft, als diverse Landesherren mit großzügig bemessenen Subventionen lockten: „Luxus und Stütze passen nicht zusammen.“

In gleicher Weise muß auf die EU eingewirkt werden, um deren **Subventionsdschungel offenzulegen, aus dem bürokratischen Ermessensspielraum auszgliedern und demokratischen Entscheidungen zu unterwerfen**.

Die nationalen und europäischen Subventionen sind es aber nicht allein, die den doch sonst so hochgelobten Markt verzerren. Im Zeitalter der US-dominierten rein wirtschaftlichen Globalisierung (→ QBL 25 Globalization takes command) wird es darauf ankommen, im fernen Ausland drastisch **heruntersubventionierte Produkte auf die vereinbarte Völkerunions-Ebene heraufzubesteuern** und andererseits zugleich die **Produkte aus der Dritten Welt nicht länger durch Zollschränken zu behindern**, was heißt, diesen Ländern eine faire Geschäftsbeziehung statt der derzeitigen neokolonialistischen Ausbeutung zu garantieren..

Letzten Endes wird eine spürbare Einschränkung der Subventionen in der EU-Völkerunion als Folge auch in anderen Völkerunionen heilsame Wirkungen erzeugen können.

Also: Nicht länger (unsere) Kohle für die Kohle & Co. und:

: ANDERS SEIN + BESSER WERDEN

QUERLIEGENDE TEXTE GELTEN NUR ZUSAMMEN MIT QUERBLATT 1 • EINE 1-MANN-AKTION FÜR KRITISCHE GEISTER, FÜR LEMMINGE UNGEEIGNE
BEZUG: OT HOFFMANN IM BAUMHAUS, SCHLEIERMACHERSTRASSE 8, 64283 DARMSTADT, TEL: 06151 25980, FAX : 21622, OTHOFFMANN@GMX.DE, WWW.OTHOFFMANN.DE